

# GEDENKDIENTST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog

1/2018 84. Ausgabe

## Der große Unbekannte: Anton Reinthaller – NS-Multifunktionär und Gründer der FPÖ

Als die FPÖ 2016 ihr 60-jähriges Gründungsjubiläum feierte, ging sie auf die Anfänge der Partei kaum ein. Nur die Freiheitlichen in Oberösterreich, dem Herkunftsland von Anton Reinthaller, ehrten in einem feierlichen Festakt ihren 1958 verstorbenen Parteigründer. Die Würdigung des hochrangigen Nationalsozialisten blieb (abgesehen von vereinzelt kritischen Stimmen) in der breiten Öffentlichkeit ohne Resonanz. Die Frühgeschichte der FPÖ ist – entgegen mancher Behauptungen – nur unzureichend erforscht, besonders was die personellen und ideologischen NS-Kontinuitäten in der frühen FPÖ angeht. Und auch zu Reinthaller liegt, abgesehen von kurzen Porträtskizzen und Teilaspekten aus freiheitlicher Perspektive, noch keine umfassende Biographie vor. Der erste Parteiobmann der FPÖ ist bis heute im wissenschaftlichen und im öffentlichen Diskurs wenig bekannt und soll daher im Folgenden näher vorgestellt werden.<sup>1</sup>

### Die NS-Karriere von Anton Reinthaller

Anton Reinthaller (1895–1958), ein oberösterreichischer Großbauer und studierter Forstingenieur, war schon früh fest im nationalen Milieu der Zwischenkriegszeit verankert. Sein NSDAP-Beitritt erfolgte bereits 1928 (Mitgliedsnummer 83.421) und somit war Reinthaller ein ‚illegaler‘, der als ‚gemäßigter‘ Nationalsozialist eingestuft wird, was auf seine Positionierung in der Zeit vor 1938 zurückzuführen ist. Er gehörte jenem Flügel in der illegalen NSDAP an, der das Dollfuß-

Schuschnigg-Regime nicht durch Terror und Putsch stürzen, sondern von betont Nationalen unterwandern und von innen heraus unterminieren wollte. Reinthaller geriet deshalb in Konflikt mit dem radikalen NSDAP-Führer Theo Habicht, der ihn kurz aus der Partei ausschloss. So unterschiedlich die Strategie war, das Ziel blieb sich jedoch gleich: der ‚Anschluss‘ Österreichs an NS-Deutschland.

Der Bauernfunktionär Reinthaller hatte immer gute Kontakte zu Christlichsozialen und war federführend an mehreren Ausgleichsversuchen zwischen den illegalen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten und dem austrofaschistischen Regime beteiligt. Die nach ihm benannte ‚Aktion Reinthaller‘ sah u.a. die Überführung des gesamten nationalen Lagers in die *Vaterländische Front* (VF) vor. Als Gegenleistung sollte der NS-Terror beendet und ein Ausgleich mit Deutschland erzielt werden. Auch wenn Reinthallers Aktivitäten letztendlich scheiterten, so haben sie seiner Karriere nicht geschadet. Im Gegenteil, er wurde am 11. März 1938 zum Landwirtschaftsminister im ‚Anschlusskabinett‘ von Seyß-Inquart ernannt und am 13. März bei einem Empfang bei Heinrich Himmler in die SS aufgenommen – wenige Monate später erfolgte seine Beförderung zum SS-Oberführer und 1941 zum SS-Brigadeführer.

Ende 1939 wurde Reinthaller Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium in Berlin, wo er die eigens für ihn geschaffene Unterabteilung *Bergland* leitete. Abgesehen davon war er Sonderbeauftragter des *Reichsnähr-*

## Inhalt

Editorial .....	2
<b>Vom Erinnern ausgeschlossen: Der späte Versuch einer Anerkennung</b> .....	4–6
<b>Offener Brief des Vereins Gedenkdienst</b> .....	7
<b>FPÖ, Aula, Rechtsextremismus</b> .....	8–9
<b>Post aus ...</b> .....	9
<b>„Heil Hitler und wann verschwinden Sie?“</b> .....	10–12
<b>vor.gelesen   Rezensionen</b> ..	13–14
<b>Geh Denken!</b> .....	15–16

*standes* in der *Ostmark* und ab 1942 bis zum Kriegsende Landesbauernführer Niederdonau. Seine konkreten Tätigkeiten im Nationalsozialismus sind noch kaum erforscht. Klar ist, dass in seinen Verantwortungsbereich die gleich nach dem ‚Anschluss‘ einsetzende ‚Entjudung‘ der Landwirtschaft sowie der Zwangsarbeitereinsatz in der niederösterreichischen Landwirtschaft fielen. Reinthaller war außerdem Abgeordneter im Deutschen Reichstag und erhielt zahlreiche NS-Auszeichnungen, z.B. den SS-Totenkopfring und den Ehrenwinkel der SS sowie das *Goldene Parteiabzeichen* der NSDAP, um das er sich hartnäckig bemüht hatte.

**Fortsetzung auf Seite 2**

# Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Selten ruft man in der heutigen FPÖ noch den Namen ihres Parteigründers Anton Reinthaller in Erinnerung. Vor 1945 war Reinthaller NS-Multifunktionsär: SS-Brigadeführer, NSDAP-Reichstagsabgeordneter, Unterstaatssekretär im Berliner Landwirtschaftsministerium und Landesbauernführer Niederdonau. Seinem Leben nach 1945, als er zu der einigenden Figur der österreichischen ‚Ehemaligen‘ wurde, geht Margit Reiter in ihrem Leitartikel auf die Spur.

Sarah von Holt setzt sich mit der vergessenen Opfergruppe der sogenannten ‚Asozialen‘ und ‚Berufsverbrechern‘ auseinander und trägt dazu bei, eine wesentliche Lücke im kollektiven Erinnern zu schließen.

Der Verein GEDENKDIENTST hat am 27. Jänner 2018 die Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des *Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust* im österreichischen Parlament verweigert. In einem offenen Brief erklären wir die Gründe dafür. Anhand eines Artikels in der rechtsextremen *Aula* und weiteren Aussagen des steirischen FPÖ-Mandatars und dritten Landtagspräsidenten Gerhard Kurzmann skizziert Lukas Meissel der Problematik der ‚Einzelfälle‘ in der FPÖ. Christoph Steinberger, Gedenkdienstleistender in der *Etz Hayyim Synagoge* in Chania auf der Insel Kreta, hat den gebürtigen Wiener und Holocaust-Überlebenden George Landers interviewet und gibt Einblick in seine Lebensgeschichte sowie über seine Perspektive auf gegenwärtige österreichische Politik. Im Post aus... berichtet Markus Trauner über die Tätigkeit an der Gedenkstätte Majdanek, wo er als erste Gedenkdienstleistender tätig ist.

Wie üblich findet ihr am Ende dieser Ausgabe Rezensionen und Ankündigungen!

Viele Freude am Lesen wünscht  
Pauli Aro  
Chefredakteur

## Fortsetzung von Seite 1

### Nach 1945: Rechtfertigung und Selbstpräsentation

Nach Kriegsende wurde Reinthaller, der als NS-Minister auf der ersten Kriegsverbrecherliste stand, von den Amerikanern festgenommen und für einige Jahre in Glaserbach und später in Deutschland interniert. Nach seiner Auslieferung nach Österreich im Juli 1949 wartete Reinthaller in der Untersuchungshaft auf seinen Prozess und war in dieser Zeit nicht untätig. Er verfasste diverse Abhandlungen, die zwischen Selbstmitleid, Aggression und Selbstgerechtigkeit changierten. Die Selbststilisierung als Opfer der Entnazifizierung und der ‚Rachegesetze‘ zieht sich durch alle seine Schriften aus dieser Zeit.<sup>2</sup>

Der Prozess gegen ihn fand im Oktober 1950 vor dem Volksgericht in Wien statt. Die Anklage lautete auf Hochverrat sowohl nach dem Verbotsgesetz als auch nach dem *Kriegsverbrechergesetz*. Der selbstbewusst auftretende Angeklagte Reinthaller erklärte sich in keinem Punkt der Anklage für schuldig. Er präsentierte sich als ‚gemäßigter‘ Nationalsozialist und als ‚Opfer‘ der radikalen Nazis sowie der – wie er vor Gericht sagte – „überstürzenden Ereignisse“ im März 1938. Seine Verhandlungen mit dem austrofaschistischen Regime interpretierte er zu einer patriotischen Tat um und klinkte sich somit geschickt in das allgemeine österreichische Opfernarrativ ein. Reinthaller leugnete zwar nicht, schon früh ein überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein, stellte sich aber als ‚enttäuschter Idealist‘ dar, der nach seiner Darstellung von Hitler „belogen und betrogen“ worden sei.

Als Entlastungszeugen traten vor allem Personen aus dem klerikal-konservativen Lager auf, darunter viele Akteure, die er bereits aus der Zeit vor 1938 kannte und die sich nun als ÖVP-Politiker für ihn einsetzten (etwa der oberösterreichische Landeshauptmann Heinrich Gleißner sowie Leopold Figl, Wilhelm Miklas, u.a.). Der Prozess gegen Reinthaller veranschaulichte wie kaum ein anderer die politischen und persönlichen Verflechtungen, aber auch ideo-

logische Nähe, zwischen dem austrofaschistischen und nationalen Lager vor 1938. Reinthaller wurde zu dreieinviertel Jahren schwerem Kerker und Verfall des Vermögens verurteilt, kam allerdings – da ihm seine bisherigen Internierungszeiten angerechnet wurden – sofort frei. Nach diversen Einsprüchen wurde das Strafausmaß herabgesetzt und Reinthaller schließlich im Juni 1953 von Bundespräsident Adolf Schärf begnadigt. Einer zweiten politischen Karriere stand damit nichts mehr im Wege.

### Reinthaller als nationale Galionsfigur und die Gründung der FPÖ

Kaum war Reinthaller amnestiert und somit wieder handlungsfähig, versuchten viele ‚ehemalige‘ Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen ihn zum Eintritt in die Politik zu überreden. Er selbst stellte sich zwar gerne als politikmüde dar, gleichzeitig war er aber sehr aktiv, wie seine zahlreichen Kontakte und Korrespondenzen aus dieser Zeit belegen. Reinthaller fungierte als eine Art ‚graue Eminenz‘ im ‚Ehemaligen‘-Milieu. Etliche frühere ‚Kameraden‘ kündigten an, ihre bisherige politische Enthaltensamkeit aufzugeben und unter seiner Führung wieder aktiv zu werden. Darunter war auch der junge SS-Mann Friedrich Peter, der sich bei ihm als ehemaliger Nationalsozialist vorstellte und seine Mitarbeit anbot – nur wenige Jahre später wurde er sein Nachfolger als FPÖ-Obmann.

Warum gerade Reinthaller zum politischen Hoffnungsträger im ‚Ehemaligen‘-Milieu wurde, hat verschiedene Gründe: Er war einer der wenigen prominenten österreichischen Nationalsozialisten, der nach 1945 wieder zur Verfügung stand und einen relativ hohen Bekanntheitsgrad hatte. Als ‚Alter Kämpfer‘ galt er als ideologisch verlässlich und genoss gerade deshalb im Kreis von gesinnungstreuen ‚Ehemaligen‘ hohes Ansehen. Seine politische Erfahrung als ehemaliger Minister sowie seine gute Vernetzung über die eigenen Parteigrenzen hinaus sprachen ebenfalls für ihn. Nicht zuletzt wurde Reinthaller, der als ausgleichende Persönlichkeit, aber auch als durchsetzungsfähiger Machtpolitiker galt, die Einigung des in

sich zerstrittenen nationalen Lagers am ehesten zugetraut.

Entgegen späterer Distanzierungen streckte auch der 1949 gegründete *Verband der Unabhängigen (VdU)* schon früh seine politischen Fühler nach ihm aus: Erste Kontakte des VdU-Obmanns Herbert Kraus gab es bereits 1952 und beim VdU-Verbandstag im Mai 1954 wurde einstimmig beschlossen, an Reinthaller heranzutreten und ihm eine führende Rolle im VdU anzubieten. Dieser stand den Annäherungsbemühungen skeptisch gegenüber, hielt sich vorerst aber aus strategischen Gründen bedeckt. Nach einem Wahldebakel des VdU im Oktober 1954 ging er in die Offensive und formulierte erstmals als politisches Ziel „eine völkisch-freiheitliche Partei in Österreich“. Anfang 1955 gründete er die *Freiheitspartei*, aus der schließlich nach monatelangen Verhandlungen – gemeinsam mit großen Teilen des VdU – im Oktober 1955 die FPÖ hervorging. Die offizielle Gründung der FPÖ erfolgte erst am ersten Parteitag am 7. April 1956, wo Reinthaller mit großer Mehrheit zum Parteiboss gewählt wurde.

In seiner Antrittsrede bekannte er sich zum „nationalen Gedanken“ und zur „Zugehörigkeit zum deutschen Volk“ – ganz anders als bei öffentlichen Auftritten zuvor, als er die Eigenstaatlichkeit Österreichs betont und sich von der NS-Führung distanziert hatte. Reinthaller lehnte auch „jeden Extremismus – ob nach rechts oder links gerichtet“ ab und postulierte eine „Politik der Mitte“.<sup>3</sup> Diese Doppelstrategie – dezidiertes deutschnationales Bekenntnis (als Botschaft nach innen) einerseits und gemäßigte Töne und die Absage an einen nicht näher definierten ‚Extremismus‘ (zur Beruhigung nach außen) andererseits – behielten Reinthaller und die FPÖ auch künftig bei.

Der entmachtete Herbert Kraus sprach von einer „lange vorbereiteten „Machtübernahme durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern“; die FPÖ sei eine „auf die Vergangenheit ausgerichtete Partei“, die „einzelnen gestürzten Größen des NS-Regimes eine neue politische Plattform“ schaffen wolle – dass dies eindeutig auf Reinthaller gemünzt war, liegt auf der Hand. Dieser Vorwurf war

zwar überzogen, aber nicht ganz unberechtigt. Tatsächlich stand nun an der Parteispitze ein hochrangiger ehemaliger Nationalsozialist und auch auf vielen anderen Ebenen der Partei (v.a. in den Landesorganisationen) waren etliche gesinnungstreue NationalsozialistInnen installiert worden, die bisher noch nicht in der ersten Reihe standen. Außerdem tummelten sich im näheren Umfeld der FPÖ viele ‚Belastete‘ und deutschnationale Burschenschafter, die durch den Führungswechsel politischen Auftrieb erhielten. Im Parlamentsklub selbst hatte sich allerdings nicht so viel geändert: Von den sechs FPÖ-Abgeordneten waren fünf bereits im VdU aktiv. Alles in allem bedeutete 1956 aber einen klaren Rechtsruck. Aufgrund der personellen und ideologischen NS-Kontinuitäten sowie der mangelnden Distanz zum Nationalsozialismus bewegte sich die FPÖ in ihrer gesamten Geschichte im Grenzbereich zum Rechtsextremismus.

### Zwischen Kontinuität und Anpassung

Als ‚Illegaler‘ und hochrangiger NS-Funktionär war Reinthaller ohne Zweifel ein überzeugter Nationalsozialist. Dass er seiner Gesinnung auch nach 1945 mehr oder weniger treu geblieben ist, belegen seine Aufzeichnungen aus der Untersuchungshaft, die er unter das bezeichnende Motto stellte: „Gedanken, die ich seit 1945 gezwungen bin zu wälzen“. Seine Ausführungen zum Nationalsozialismus und dem Phänomen Antisemitismus zeigen, dass er das völkische und antisemitische Weltbild weitgehend geteilt hat. Von der Judenvernichtung, die er als eine Art „Wahn“ Hitlers darstellte, grenzte sich Reinthaller jedoch ab. Der Großteil der Bevölkerung, so Reinthaller, hätte diese „exzessiven Maßnahmen“ strikt abgelehnt bzw. nichts davon gewusst. Der Judenmord sei nur von einem „ganz kleinen Kreis um Hitler geplant u. von ausgesuchten Gruppen entmenschter Individuen in Szene gesetzt“ worden. Mit diesem Deutungsmuster bewegte er sich im Konsens vieler ‚Ehemaliger‘, die die Shoah einem möglichst kleinen Täterkreis zuordneten, sich auf ihr (angebliches) Unwissen zurückzogen und damit nicht nur sich selbst, sondern auch

die breite Masse der Bevölkerung entlasteten.

Trotz seiner Überzeugungen und festen Verankerung im ‚Ehemaligen‘-Milieu zeigte sich Reinthaller nach 1945 aber auch als anpassungsfähig. So hielt er sich wegen seiner exponierten Stellung als ‚Belasteter‘ mit extremen Äußerungen bewusst zurück, hielt enge Kontakte zu ÖVP-Politikern und vertrat auch in Hinblick auf den Staat Österreich eine anschlussfähige Position. Sein Bekenntnis zu Österreich und seine halbherzigen Distanzierungen vom Nationalsozialismus boten ihm die Möglichkeit, sich mit relativ geringen Abstrichen in das österreichische Wir-Kollektiv einzureihen – auch wenn dies innerparteilich auf Kritik stieß und im Widerspruch zur deutschnationalen Ausrichtung der FPÖ stand.

---

Margit Reiter

Dozentin und *Senior Research Fellow* am *Institut für Zeitgeschichte* an der Universität Wien.

1 Der Beitrag basiert auf dem von Margit Reiter geleiteten FWF-Projekt (P 27102–G16): Antisemitismus nach der Shoah. Ideologische Kontinuitäten und politische Umorientierung im ‚Ehemaligen‘-Milieu in Österreich nach 1945. Vgl. dazu das Zeitgeschichte-Schwerpunktheft: Die „Ehemaligen“: Politische Reorganisation und Reintegration von ehemaligen Nationalsozialisten in Österreich nach 1945, *Zeitgeschichte* 3 (2017), darin besonders: Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger Nationalsozialisten im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, 143–159. Aktuelle Publikation: Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs. Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik, in: *Vierteljahresshifte für Zeitgeschichte*, 66 (2018) Heft 4.

2 Im Oberösterreichischen Landesarchiv (OÖLA) liegt der bisher unbearbeitete Nachlass von Anton Reinthaller mit Korrespondenzen, persönlichen Aufzeichnungen und Unterlagen zu seinem Prozess, die ich ausgewertet habe und auf die ich mich auch im Folgenden quellenmäßig stütze.

3 Seine Antrittsrede ist abgedruckt in: *Die Neue Front*, 14.04.1956.

# Vom Erinnern ausgeschlossen: Der späte Versuch einer Anerkennung

„Es gibt bis heute Opfer des Nationalsozialismus, die nicht anerkannt sind, weder offiziell politisch noch in der Erinnerungskultur“<sup>1</sup> zieht die Historikerin Dagmar Lieske 73 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager Bilanz. Sie ist Teil eines Zusammenschlusses von Wissenschaftler\*innen und Gedenkstätten-Vertreter\*innen, die sich im Januar 2018 mit einer Online-Petition – darunter 125 Erstunterzeichnende aus Politik, Wissenschaft und Kultur – an den deutschen Bundestag wandten. Das Ziel der Petition ist, dass Menschen, die vom NS-Regime als ‚Asoziale‘ oder ‚Berufsverbrecher‘ verfolgt und in Konzentrationslager gesperrt wurden, endlich als Opfer anerkannt werden und einen Platz im öffentlichen Gedächtnis erhalten. Mit ins Leben gerufen hat den Appell Frank Nonnenmacher, emeritierter Professor für Didaktik und politische Bildung an der Goethe-Universität Frankfurt. Bereits 2014 hatte er eine Doppelbiographie über seinen Vater und Onkel herausgegeben, in der er das Schicksal des Onkels, der als ‚Asozialer‘ verfolgt in verschiedene Konzentrationslager eingewiesen wurde, beleuchtete. Das jahrzehntelange Schweigen brach ein Stückchen weiter auf, als ab dem Jahr 2016 sich endlich auch vermehrt Wissenschaftler\*innen wie Dagmar Lieske, Julia Hörath, Andreas Kranebitter oder Sylvia Köchl mit diesen Opfergruppen beschäftigten und damit eine kritische Debatte in Gang setzten. Aber warum wurden diese Opfergruppen bisher in der Erinnerungs- und Entschädigungspolitik ignoriert? Die Antworten sind vielschichtig und offenbaren nicht nur ein staatliches Scheitern in Fragen der Rehabilitierung von NS-Opfern, sondern auch personelle und ideologische Kontinuitäten in der Nachkriegszeit.

## Die Verfolgung vermeintlich ‚krimineller‘ und ‚asozialer‘ im Nationalsozialismus

Dem Schicksal von Ilse Heinrich, die in den letzten Monaten nicht nur einmal vor

Kameras zu diesem Thema Stellung bezog, wird endlich – so scheint es – Gehör geschenkt. Für die Überlebende, die damals den schwarzen Winkel, der sie als vermeintlich ‚asozial‘ kennzeichnete, tragen musste, hat sich lange Zeit weder Wissenschaft noch Öffentlichkeit interessiert. Im ländlichen Mecklenburg aufgewachsen zeigte ihre Stiefmutter nach dem Tod ihrer Mutter wenig Verständnis für Ilse. Sie musste auf dem Feld arbeiten, obwohl sie nach ihrem Schulabschluss gerne eine Ausbildung zur Schiffs- und Säuglingsschwester gemacht hätte. Ilse riss immer wieder von der Feldarbeit aus, wodurch sie ins Blickfeld der Kriminalpolizei geriet. Als ‚arbeitscheu‘ diffamiert wurde die damals 19-jährige zur ‚Disziplinierung‘ zunächst in das Arbeitshaus Schloss Güstrow und ab August 1944 in das KZ Ravensbrück eingewiesen. Abweichendes gesellschaftliches Verhalten wurde im NS-Staat nicht toleriert. Mit der Befreiung im Mai 1945 konnte sie das KZ Ravensbrück wieder verlassen. Erst 1987 war es ihr möglich, über das dort Erlebte zu reden – doch es soll noch lange dauern, bis man ihre Geschichte hören wollte.<sup>2</sup> Denn auch nach der Befreiung erfuhr sie Erniedrigung und Entmündigung. Als Last empfunden wurde sie nach der Rückkehr von ihrer Familie verstoßen und wohnungslos. 1947 brachte Ilse ihre erste Tochter zur Welt, die ihr vom Landesjugendamt Wismar weggenommen und zur Adoption freigegeben wurde.

Viele ehemalige KZ-Häftlinge mussten nach Kriegsende die Erfahrung machen, dass es keinen klaren Bruch mit der NS-Ideologie gab und die Gesellschaft sie als Personifizierung der eigenen Schuld missachtete. Überlebende, die als ‚Asoziale‘ oder ‚Kriminelle‘ verfolgt worden waren, erlebten zudem weiterhin eine Stigmatisierung, die sich schon vor der Machtergreifung gegen alle Individuen richtete, die die Gesellschaft als ‚sozial abweichend‘ bewertete.<sup>3</sup> Spätestens mit dem Erlass über die *Vorbeugende Verbrechensbekämpfung*

*durch die Polizei* vom 14. Dezember 1937 war eine Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Kriminalpolizei missliebige soziale Minderheiten verfolgen konnte. Mit dem rassenhygienischen Vorwurf, diese würden „durch ihr Verhalten der Gemeinschaft zur Last fallen und sie dadurch schädigen“ und „sich in die Ordnung der Volksgemeinschaft nicht einfügen wollen“<sup>4</sup>, konnten gesellschaftliche Außenseiter\*innen – unter ihnen Bettler\*innen, Landstreicher\*innen oder auch Frauen, denen ‚liederlicher Lebenswandel‘ vorgeworfen wurde – willkürlich ‚vorbeugend‘ in KZ-Haft genommen werden.<sup>5</sup> Schon seit 1933 ermöglichte die zeitlich unbegrenzte ‚Vorbeugehaft‘ als Präventivmaßnahme der Kri-

## Impressum

**Medieninhaber:** GEDENKDIENTST

- Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog  
A-1050 Wien, Margaretenstraße 166,  
tel +43 1 581 04 90 fax +43 1 253 303 390 72,  
office@gedenkdienst.at, www.gedenkdienst.at  
Erste Bank, BIC GIBAATWW, IBAN AT84 2011  
1288 6856 4800

**Obmann:** Michael Spiegl  
**Kassier:** Matthias Spadinger  
**Schriftführerin:** Sarah Knoll

**Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen. Die in den Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit den Positionen des Vereins GEDENKDIENTST ident sein.**

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Jutta Fuchshuber, Elisabeth Heimann, Sarah von Holt, Katharina Kniefacz, Lukas Meissel, Margit Reiter, Christoph Steinberger, Markus Trauner

**Abbildungsnachweise:**  
Christoph Steinberger (S. 11)

**Chefredakteur:** Pauli Aro  
**Lektorat:** Pauli Aro, Jutta Fuchshuber, Sarah Knoll, Sara Vorwalder  
**Redaktion:** Pauli Aro, Lukas Dünser, David Haunschmid, Tom Juncker, Fritz Kainz, Johann Kirchknopf, Sarah Knoll, Moritz Reithmayr, Sara Vorwalder  
**Layout:** Philipp Haderer

**Druck:** simply more, Wien  
**Erscheinungsort:** Wien  
**Auflage:** 3000  
**Preis:** 0,75 Euro

minalpolizei in Zusammenarbeit mit der Justiz die Verfolgung sogenannter ‚Berufsverbrecher‘. Anknüpfend an bestehende Theorien der Kriminologie,<sup>6</sup> die den Vorbestraften einen „kriminellen Wesenskern“ und einen „verbrecherischen Willen“<sup>7</sup> unterstellten, gerieten unter anderem vorbestrafte Sexualstraftäter und wegen Diebstahl oder Abtreibung Vorbestrafte als ‚Gewohnheitsverbrecher‘ ins Visier der Polizei, die sie direkt nach Verbüßung der Haftstrafe ohne Gerichtsurteil in Konzentrationslager überstellte.<sup>8</sup>

### Verweigerung des Opferstatus

Bereits das erste einheitliche Entschädigungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1953 stellte einen Ausschluss dar. Per Definition wurde festgelegt, wer fortan als Verfolgte oder Verfolgter des Nationalsozialismus verstanden wird und damit ein Recht auf Entschädigungsleistungen hat.<sup>9</sup> Der Kreis der Anspruchsberechtigten wurde auf Personen beschränkt, die „aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung“<sup>10</sup> verfolgt wurden. Auf diese Weise zementiert die deutsche Gesetzgebung bis zum heutigen Tag die Nicht-Anerkennung von als ‚Berufsverbrecher‘ oder als ‚asoziale‘ verfolgte Personen. Dieser Status Quo wird durch die Behauptung gestützt, wer durch straffälliges oder von der Norm abweichendes Verhalten im KZ gelandet sei, wäre ‚selbst Schuld‘ und die KZ-Haft ‚gerechtfertigt‘. Sie seien folglich ‚nicht würdig‘ ebenbürtig eingestuft zu werden. Unzählige Opfer wurden auf diese Weise bis heute zum Schweigen verurteilt.

Obwohl als ‚kriminelle‘ und ‚asoziale‘ Verfolgte sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR grundsätzlich von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen waren, versuchten einige sich als NS-Opfer anerkennen zu lassen. Dies taten sie, indem sie bei den Formularen falsche Angaben machten oder ihre KZ-Haft ‚politisierten‘. Doch die Gefahr erneut wegen Betrugs kriminalisiert zu werden, hielt viele davon ab.<sup>11</sup> Während der Zeit im Lager, aber auch nach Kriegsende, standen sich

viele Verfolgte in einer ‚Opferkonkurrenz‘ gegenüber. In ihrem Selbstverständnis gab es nicht ‚die KZ-Opfer‘, vielmehr wurden Fragen nach Anerkennung und Entschädigung vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen, Interpretationen und Interessen beantwortet. Das betraf auch die Frage, wer über die Erfahrungen im Konzentrationslager erzählt.<sup>12</sup> Auch in den Beratungsstellen und Verbänden, in denen sich ehemalige KZ-Häftlinge engagierten, wurde diskutiert, wer als NS-Opfer gelten sollte. Weil politische Motive für die Inhaftierung im KZ bei Betroffenen, die einen grünen oder schwarzen Winkel<sup>13</sup> tragen mussten, vermeintlich nicht vorhanden waren, wurde vielen der Opferausschluss mit der Begründung einer „Gefahr des Missbrauches“<sup>14</sup> wieder entzogen. Die Vorstellung, dass Straffälligkeit und Opfersein nicht vereinbar seien, zeigte sich auch darin, dass sowohl in der Bundesrepublik als auch in Österreich ein Strafdelikt die Aberkennung des Opferstatus nach sich zog bzw. zieht.<sup>15</sup>

Anhand der fortgeführten Diskriminierung durch Polizei und Justiz lässt sich erkennen, dass auch nach 1945 Institutionen durch die NS-Ideologie geprägt waren. Als Zeugen in Ermittlungsverfahren gegen SS-Personal wurden einstige ‚Berufsverbrecher‘ von der Justiz zumeist als unglaubwürdig betrachtet. Aber auch Bezeichnungen wie ‚Gewohnheitsverbrecher‘ gehörten noch in den 1960er-Jahren zum normalen Sprachgebrauch auf Polizeiamttern. Die KZ-Haft von ‚Kriminellen‘ und ‚Asozialen‘ galt als kein spezifisch nationalsozialistisches Unrecht, sondern wenn überhaupt als eine zu strenge Strafmaßnahme.<sup>16</sup> Verbrechensorte der NS-Sozialpolitik, wie Arbeitshäuser für ‚Leistungsschwache‘, wurden nicht als solche erkannt.<sup>17</sup> Kriminologen und Juristen bezogen sich weiter positiv auf nationalsozialistisch erprobte Konzepte zur Verbrechensbekämpfung, die auf fortbestehender Gesetzesgrundlage umgesetzt werden konnten. So wie die Personen, die in den Behörden und Ämtern an der Verfolgung im NS-Regime mitgewirkt hatten und nun mit den Anerkennungsfällen ihrer einstigen Opfer betraut waren, verschwanden diese Vorstellungen erst als auch die Kriminalpolizei

als ‚belastete‘ Institution wahrgenommen wurde.

### Verfestigung eines undifferenzierten Erinnerungsnarrativ

Die anhaltende Stigmatisierung dieser Opfergruppen ist auch im kollektiven Gedächtnis eingesickert. Statt sich als Korrektiv zu verstehen, trugen (Geschichts-)Wissenschaft und Gedenkstätten diese undifferenzierte und mangelhafte Betrachtung fort. Erst in den 1980er-Jahren setzte ein Wandel in der wissenschaftlichen Betrachtung ein. Ein Großteil des Wissens wurde durch Erzählungen von Mithäftlingen vermittelt oder durch den Rückgriff auf Täter\*innen-Dokumente rekonstruiert. Interviews oder Erinnerungsberichte, die eine eigene Perspektive wiedergeben, gibt es so gut wie nicht.<sup>18</sup> Diese Fremdbeschreibungen zeichneten ein vorwiegend negatives Bild und brachten Mythen, wie die des ‚brutalen, intriganten ‚Kapos‘ mit dem grünen Winkel, der stets mit der SS paktiert“<sup>19</sup> hervor. Erwähnungen in Erinnerungsberichten sind nicht zu unterschätzen, da sie die – unter den Zwangsbedingungen radikalisierten – Stereotype und Ressentiments anderer KZ-Häftlinge einfangen und oftmals von Argwohn gegenüber vermeintlich ‚kriminellen‘ oder ‚asozialen‘ Häftlingen geprägt sind.<sup>20</sup> Eine negative Erwähnung finden sie beispielsweise in der Verallgemeinerung, dass alle ‚Berufsverbrecher‘ Funktionshäftlinge gewesen seien.<sup>21</sup> Widerstandskämpfer\*innen äußerten die Vermutung, ihre Inhaftierung gemeinsam mit diesen Gruppen sei ein gezielter Diffamierungsversuch der SS gewesen. ‚Grün- und Schwarzwinkliger‘ fehlte in den Jahren, in denen sich andere Opfergruppen zu Initiativen zusammenschlossen, eine Selbstorganisation.<sup>22</sup> ‚Asozial‘ und ‚kriminell‘ waren keine positiv besetzbaren und identitätsstiftende, sondern aufgezwungene Bezeichnungen, die keinen Bezugspunkt zu einer Wir-Gruppe erlaubten.<sup>23</sup> Die heterogene Zusammensetzung dieser Opfergruppen wiederum erschwerte der Herausbildung einer Solidargemeinschaft, wie es auf Basis einer gemeinsamen Weltanschauung oder Religionsangehörigkeit üblich war.<sup>24</sup>

## (K)Ein Platz in der Erinnerungskultur?

Auch Ilse Heinrich passte nicht in die eng gefasste Kategorie, die das Bundesentschädigungsgesetz für ‚Verfolgte‘ festgeschrieben hat und gilt deshalb nicht offiziell als Verfolgte des NS-Regimes.<sup>25</sup> Seit der Ergänzung des BEGs um den Härtefonds stehen als ‚asozial‘ verfolgte Personen in materieller Not zwar eine Zahlung zu, ein Rechtsanspruch besteht jedoch nicht.<sup>26</sup> Nachdem Ilse sich 1995 selbst auf den Weg ins Schweriner Landesarchiv gemacht hat, um an die Beweismittel ihrer KZ-Haft zu gelangen, erhält schließlich auch sie eine Rentenzahlung. Vor etwa zwanzig Jahren entschied sie sich an den Ort ihrer Peinigung zurückzukommen, um als Zeitzeugin ihre Geschichte zu erzählen.<sup>27</sup> Wenn es nach den Initiator\*innen der Petition geht, ist das ein wichtiger Anfang. Gemeinsam fordern sie die längst überfällige Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen, die endlich auch per Gesetz als NS-Opfer gelten sollen. Für viele kommt eine materielle Entschädigung jedoch zu spät. In Zukunft geht es darum, die Öffentlichkeit auf etwas aufmerksam zu machen, was eigentlich klar sein sollte: Dass niemand zu Recht im KZ saß. Um diesen Aspekt in der Erinnerungskultur zu verankern, sollen zuerst einmal Gelder für Forschung und Ausstellungen zur Verfügung gestellt werden.<sup>28</sup> Über 19.000 Unterstützer\*innen haben sich in den letzten sieben Monaten bereits hinter den Appell gestellt. Laut Nonnenmacher haben es bisher nur positive Reaktionen gegeben und der Rückhalt von Seiten prominenter Parteipolitiker\*innen und Gedenkstättenleiter\*innen stimmt ihn optimistisch, dass spätestens im Frühjahr 2019 mit einem Erfolg zu rechnen sei. Inwiefern die bisher ‚vergessenen‘ Opfergruppen bald eine Möglichkeit erhalten, anhaltender Stigmatisierung zum Trotz ihren rechtmäßigen Platz im öffentlichen Gedächtnis der deutschen und österreichischen Gesellschaft einnehmen zu können, muss an dieser Stelle offenbleiben.

Link zur Petition: Anerkennung von ‚Asozialen‘ und ‚Berufsverbrechern‘ als Opfer des Nationalsozialismus unter: <https://www.change.org/p/deutscher-bundestag-erkennung-von-asozialen-und-berufsverbrechern-als-opfer-des-nationalsozialismus>

### Sarah von Holt

Leistete 2017/18 Gedenkdienst an der *Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück*; studierte seit 2012 zunächst Kultur- und Sozialanthropologie und dann Geschichte an der Universität Wien.

- 1 „Keine Vorzeigeopfer“. Interview mit Dagmar Lieske, in: *Jungle World*, 2018/08, <https://jungle.world/index.php/artikel/2018/08/keine-vorzeigeopfer> (30.08.2018).
- 2 Vgl. Nina Schulz/Elisabeth Mena Urbitsch, *Zimmer mit Aussicht*, in: *Spiel auf Zeit. NS-Verfolgte und ihre Kämpfe um Anerkennung und Entschädigung. Reportagen in Text und Bild*, Hamburg 2016, 38–39, 45.
- 3 Vgl. Dagmar Lieske, *Unbequeme Opfer? „Berufsverbrecher“ als Häftlinge im KZ Sachsenhausen*, Berlin 2016, 366.
- 4 Zitiert aus einem von Reinhard Heydrich unterzeichneten Schnellbrief des Reichskriminalpolizei-amts mit dem Datum vom 1. Juni 1938 an die Kriminalpolizeileitstellen, abgedruckt in: Wolfgang Ayaß, *Die Einweisung von „Asozialen“ in Konzentrationslager. Die Aktion „Arbeitsscheu Reich“ und die kriminalpolizeiliche Praxis bei der Verhängung der Vorbeugehaft*, in: Dietmar Sedlaczek et al. (Hg.), *„Minderwertig“ und „asozial“*. Stationen der Verfolgung gesellschaftlicher Außenseiter, Zürich 2005, 92–93.
- 5 Vgl. Christa Schikorra, *Schwarze Winkel im KZ. Die Haftgruppe der ‚Asozialen‘ in der Häftlingsgesellschaft*, in: Sedlaczek et al., *„Minderwertig“ und „asozial“*, 105, 110.
- 6 Vgl. Julia Hörath, *„Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ in den Konzentrationslagern 1933 bis 1938*, Göttingen 2017, 35.
- 7 Lieske, *Unbequeme Opfer*, 81, 75.
- 8 Vgl. Ebd.
- 9 Vgl. Susanne zur Nieden, *„Unwürdige“ Opfer – Zur Ausgrenzung der im Nationalsozialismus als „Asoziale“ Verfolgten in der DDR*, in: *KZ-Gedenkstätte Neuengamme*, Hg., *Ausgegrenzt. „Asoziale“ und „Kriminelle“ im nationalsozialistischen Lagersystem*, Bremen 2009, 140.
- 10 §1 des Bundesentschädigungsgesetz (BEG), abrufbar unter: [https://www.gesetze-im-internet.de/beg/\\_1.html](https://www.gesetze-im-internet.de/beg/_1.html) (30.08.2018).
- 11 Vgl. Zur Nieden, *„Unwürdige“ Opfer*, 143–142; Lieske, *Unbequeme Opfer*, 328.
- 12 Vgl. Lieske, *Unbequeme Opfer*, 366.
- 13 Die Kennzeichnung der Häftlinge erfolgte während des NS-Regimes durch verschieden farbige Winkel, welche die Häftlinge an der Häftlingskleidung tragen mussten. Der schwarze kategorisierte die Gruppe der ‚Asozialen‘ bzw. ‚Gemeinschaftsunfähigen‘ und der grüne Winkel die als sogenannte ‚kriminelle‘ Verfolgte.
- 14 Lieske, *Unbequeme Opfer*, 324–325, 365.
- 15 Vgl. Stefan Romey, *„Asozial“ als Ausschlusskriterium in der Entschädigungspraxis*, in: *KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Ausgegrenzt*, 153; Sylvia Köchl, *„Das Bedürfnis nach gerechter Sühne“*. Wege von *„Berufsverbrecherinnen“* in das Konzentrationslager Ravensbrück, Wien/Berlin 2016.
- 16 Vgl. Lieske, *Unbequeme Opfer*, 329.
- 17 Vgl. Romey, *„Asozial“ als Ausschlusskriterium*, 149.
- 18 Vgl. Schikorra, *Schwarze Winkel im KZ*, 108, 116.
- 19 Lieske, *Unbequeme Opfer*, 347.

- 20 Vgl. Schikorra, *Schwarze Winkel im KZ*, 118.
- 21 Vgl. Alyn Beßmann/Insa Eschebach, Hg., *Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Geschichte und Erinnerung. Ausstellungskatalog (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Band 41)*, Berlin 2013, 139.
- 22 Vgl. Lieske, *Unbequeme Opfer*, 316.
- 23 Vgl. Schikorra, *Schwarze Winkel im KZ*, 116.
- 24 Vgl. Romey, *„Asozial“ als Ausschlusskriterium*, 151.
- 25 Vgl. Schulz et al., *Zimmer mit Aussicht*, 45.
- 26 Vgl. Lieske, *Unbequeme Opfer*, 370.
- 27 Vgl. Schulz et al., *Zimmer mit Aussicht*, 45–48.
- 28 Vgl. *„Keine Vorzeigeopfer“*, Interview mit Dagmar Lieske, in: *Jungle World*, 2018/08, <https://jungle.world/index.php/artikel/2018/08/keine-vorzeigeopfer> (30.08.2018).

# Offener Brief des Vereins GEDENKDIENTST

Am 25. Jänner 2018 lud das Parlament der Republik Österreich PolitikerInnen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und VertreterInnen von Institutionen sowie Organisationen anlässlich des *Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust* zu einer Podiumsdiskussion in das Palais Epstein in Wien ein. Mitte Jänner 2018 gab die *Israelitische Kultusgemeinde Wien* (IKG) bekannt, dass sie an dieser Gedenkveranstaltung nicht teilnehmen werden. Begründet wurde dies unter anderem mit dem immer noch gültigen Beschluss des Kultusvorstands, dass sie keine politischen Kontakte zu VertreterInnen der FPÖ – also auch nicht zu Regierungsmitglieder – unterhält.<sup>1</sup> Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete David Lasar beklagte den angekündigten Boykott, da das Gedenkjahr 2018 Möglichkeiten der Aussprache und Versöhnung bieten würde.<sup>2</sup>

In seiner Rede während der Gedenkfeier bedauerte der Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka das Fernbleiben des IKG-Präsidenten Oskar Deutsch.<sup>3</sup> Bundesrat David Stögmüller und Bundesrätin Ewa Dziejic hielt während der Veranstaltung zwei Schilder mit folgenden Statements in die Höhe: „Wenn Sie jetzt ganz unverhohlen wieder Nazi-Lieder johlen“ und „SAGE NEIN!“.<sup>4</sup> Der Verein GEDENKDIENTST schloss sich dem Boykott der *IKG Wien* an und hat an die NationalratspräsidentInnen und an alle Abgeordneten des Nationalrates einen offenen Brief übermittelt.

1 Vgl. OTS-Aussendung der IKG Wien, IKG-Beschluss: Keine Kontakte zur FPÖ, OTS0153 vom 10.01.2018, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180110\\_OTS0153/ikg-beschluss-keine-kontakte-zur-fpoe](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180110_OTS0153/ikg-beschluss-keine-kontakte-zur-fpoe) (25.03.2018); <https://derstandard.at/2000072842306/Holocaust-Gedenkveranstaltung-im-Palais-Epstein-ohne-IKG-Vertreter> (25.03.2018).

2 Vgl. OTS-Aussendung des Freiheitlichen Parlamentsklubbs, FPÖ-Lasar: Gedenkfeiern gemeinsam mit der IKG zur Aussöhnung nutzen, OTS0141 vom 19.01.2018, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180119\\_OTS0141/fpoe-lasar-gedenkfeiern-gemeinsam-mit-ikg-zur-aussuehnung-nutzen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180119_OTS0141/fpoe-lasar-gedenkfeiern-gemeinsam-mit-ikg-zur-aussuehnung-nutzen) (25.03.2018).

3 Vgl. OTS-Aussendung des Pressedienstes der Parlamentsdirektion, NR-Präsident Sobotka: Ehrliche und aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte ist Verpflichtung, OTS0224 vom 25.01.2018, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180125\\_OTS0224/nr-praesident-sobotka-ehrlische-und-aktive-auseinandersetzung-mit-der-geschichte-ist-verpflichtung](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180125_OTS0224/nr-praesident-sobotka-ehrlische-und-aktive-auseinandersetzung-mit-der-geschichte-ist-verpflichtung) (25.03.2018).

## GEDENKDIENTST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog  
Association for historical and political education and international dialogue

### Offener Brief an die NationalratspräsidentInnen Wolfgang Sobotka, Doris Bures, Anneliese Kitzmüller und an die Abgeordneten des Nationalrates

#### Verein GEDENKDIENTST verweigert Teilnahme an der Gedenkveranstaltung des Parlaments

Auch heuer wurden VertreterInnen des Vereins GEDENKDIENTST zur jährlichen Gedenkveranstaltung des Parlaments anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags am 27. Jänner eingeladen. Ausgesprochen wurde die Einladung vom ersten Nationalpräsidenten Wolfgang Sobotka, dessen Partei mit der FPÖ in einer Koalition ist. An der Veranstaltung hat auch die dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller teilgenommen, die Vize-Obfrau einer Mädelchaft ist. Angesichts des immer stärkeren Einflusses von deutschnationalen Burschenschaften und Mädelchaften in der Regierung ist für uns als Verein eine Teilnahme daran undenkbar! Wir sind der Einladung heuer nicht gefolgt und schließen uns der Position der Israelitischen Kultusgemeinde Wien an.

Der Verein GEDENKDIENTST setzt sich seit 25 Jahren kritisch mit der Geschichte des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus sowie dessen Folgen und Kontinuitäten auseinander. Entsprechend beziehen wir aktiv Position gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und rechtsextremen Gedankengut. Wegen dieses Engagements sehen wir es als unvereinbar, zusammen mit VertreterInnen von deutschnationalen Organisationen an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus teilzunehmen.

Ein wesentlicher Teil der FPÖ-Abgeordneten, mehrere FPÖ-Minister und zahlreiche Mitarbeiter in den Kabinetten sind Mitglieder deutschnationaler Burschenschaften. Damit hat sich in Österreich rechtsextremes Gedankengut in hohen Ämtern der Republik festgesetzt. Wir sind bestürzt über die Doppelmoral der Regierung: Gestern wurde bei der Veranstaltung des Parlaments an die Opfer des Holocaust gedacht. Und heute nehmen Teile der Regierungsspitze sowie die dritte Präsidentin des Nationalrates an einem Vernetzungstreffen von europäischen rechtsextremen und rechtspopulistischen PolitikerInnen teil, getarnt als Tanzveranstaltung in der Hofburg.

Die immer wieder von der FPÖ verharmlosten „Einzelfälle“ von PolitikerInnen ihrer Partei sind nicht neu, sondern zeigen viel mehr eine lange Kontinuität auf und spiegeln den Charakter der Freiheitlichen Partei wider – gegründet von hochrangigen Nationalsozialisten führen sie ihre Partei im Geiste des deutschnationalen und antisemitischen „Dritten Lagers“ ungebrochen weiter. Die oberflächliche Distanzierung Heinz-Christian Straches, der Mitglied der schlagenden Mittelschüler-Verbindung „Vandalia“ ist, ist nicht ausreichend. Die FPÖ hat offensichtlich kein Problem mit Rechtsextremen in ihren Reihen, wie sie es in den letzten Tagen bewiesen hat.

Wir setzen ein klares Zeichen gegen diese Form der Politik und nahmen nicht an der gestrigen Gedenkveranstaltung teil!

Der Vorstand des Vereins GEDENKDIENTST

Margaretenstraße 166, 4.Stock, 1050 Wien, Tel: +43-1-5810490, office@gedenkdiens.at, www.gedenkdiens.at  
GEDENKDIENTST, @gedenkdiens, IBAN: AT84 2011 1288 6856 4800, BIC: GIBAATWW; ZVR-Zahl: 934402937

4 Klaus Knittelfelder, Holocaust-Gedenkfeier: Regierung will Zeichen setzen, in: <https://kurier.at/politik/inland/holocaust-gedenkfeier-regierung-will-zeichen-setzen/308.296.833> (25.03.2018); Protestaktion beim Holocaust-Gedenken, in: <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/Protestaktion-bei-Holocaust-Gedenken/318931657/print> (25.03.2018); Alexa Weiss, Die Büchse der Pandora, in: <http://www.wina-magazin.at/die-buechse-der-pandora/> (25.03.2018).

oe24.at/oesterreich/politik/Protestaktion-bei-Holocaust-Gedenken/318931657/print (25.03.2018); Alexa Weiss, Die Büchse der Pandora, in: <http://www.wina-magazin.at/die-buechse-der-pandora/> (25.03.2018).

# FPÖ, Aula, Rechtsextremismus:

## Von der Unmöglichkeit, sich von sich selbst zu distanzieren

Im Mai des Gedenkjahres 2018 schaffte es die FPÖ in bewährter Tradition, sich selbst zur Kenntlichkeit zu entstellen. Wieder einmal kam sie wegen der freiheitlichen Zeitschrift *Die Aula* in Erklärungsnotstand. In einem darin veröffentlichten Artikel wurde der österreichische Song-Contest-Teilnehmer Cesár Sampson rassistisch beleidigt.<sup>1</sup>

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache nahm den ‚Einzelfall‘ zum Anlass und kündigte an, das Publizieren in der *Aula*, deren Miteigentümer freiheitliche Akademikerverbände sind, fortan nicht mehr zu dulden.<sup>2</sup> Konsequenzen müsse man aber als Freiheitlicher nicht befürchten<sup>3</sup>, sollte man doch der Versuchung nicht widerstehen können, in jenem Blatt, in dem etwa Mauthausen-Überlebende als „Landplage“ und „Massenmörder“<sup>4</sup> bezeichnet wurden, einen Artikel zu veröffentlichen. Die inkonsequente Linie des Parteichefs<sup>5</sup> dürfte besonders Gerhard Kurzmann beruhigen. Kurzmann ist dritter Landtagspräsident in der Steiermark und in der dortigen FPÖ zuständig für „deutsche Minderheiten“.<sup>6</sup> Erst kürzlich hat er in der *Aula* einen Artikel verfasst.

### Spätgeborener Veteran der Waffen-SS

Dass der promovierte Historiker Kurzmann als Autor der *Aula* in Erscheinung tritt, sollte nicht überraschen, ist er doch ein bekennender Unterstützer der Veteranenorganisation der Waffen-SS *Kameradschaft IV*. Als Jahrgang 1953 war es ihm zwar selbst nicht möglich, in der nationalsozialistischen Eliteorganisation zu dienen, die SS-Veteranen haben aber offensichtlich kein Problem damit, auch Nachgeborene in ihre Reihen aufzunehmen. Laut eigenen Angaben war Kurzmann noch im Jahr 2010 Mitglied der Kameradschaft.

In einem Interview beschrieb er seine Motivation, die Traditionen der Waffen-SS zu würdigen, die in Österreich etwa die Wachmannschaften des Konzentrationslagers Mauthausen stellte, in bewährtem Waldheim'schem Sprech: „Weil die Leute, die ich dort kennengelernt habe, anständige Leute sind. Sie haben als Soldaten in einer sehr schwie-

rigen Zeit ihre Pflicht erfüllt und es nicht verdient, ständig angeschüttet oder vernadert zu werden.“<sup>7</sup>

In einem weiteren Interview verteidigte Kurzmann nicht nur die SS-Soldaten, sondern die Waffen-SS an sich. Diese sei „sicher nicht in ihrer Gesamtheit eine verbrecherische Organisation“, Waffen-SSler seien „ganz normale Soldaten“ gewesen, „wie andere auch. Weil sie ja am Feld dem Feldkommando unterstellt waren und nicht in Verbindung gebracht werden können mit der NS-Vernichtungsmaschinerie“.<sup>8</sup>

### SS-Kontinuitäten

Zur historischen Einordnung: Im Jahr 1946 wurde die Waffen-SS durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu einer verbrecherischen Organisation erklärt. Das Tragen ihrer Symbole ist in Österreich verboten. Angehörige der Waffen-SS waren bewiesenermaßen unter den Tätern des Holocausts, waren beteiligt am Porajmos (dem Völkermord an als Zigeuner verfolgten) und an den Massenmorden an Polen und Polinnen, SowjetbürgerInnen und anderer Gruppen in den besetzten Gebieten.

Die Waffen-SS war aktiv beteiligt an den Verbrechen in den Konzentrationslagern und an vorderster Front im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg. Es ist natürlich anzunehmen, dass der promovierte Historiker Kurzmann das alles weiß.

Handelt es sich also um einen weiteren Einzelfall? Mitnichten. Rechtsextremismus, Antisemitismus und Deutschnationalismus stellen in der FPÖ nicht die Ausnahmen dar, sondern ideologische Konstanten. Von der Gründung der Partei durch SS-Brigadeführer Anton Reinthaler bis zum Pseudo-SS-Veteranen Gerhard Kurzmann.

### Die Sache mit dem ‚Einzelfall‘

Geschichte und Ideologie der FPÖ werden regelmäßig durch oberflächliche Bekenntnisse zur Besserung verdeckt. Dies zumeist in Kombination mit weinerlichem Selbstmitleid freiheitlicher Funk-

tionärInnen als angebliche Opfer der „linken Jagdgesellschaft“<sup>9</sup> und aggressiven Gegenangriffen und Relativierungen. Vizekanzler Strache im O-Ton über die *Aula*: „Wenn ein freiheitlicher Mandatar im ‚Falter‘ schreibt, hat er auch kein Karriereende zu befürchten.“<sup>10</sup>

Die regelmäßigen Aufforderungen an die FPÖ, sich von sogenannten Einzelfällen zu distanzieren, werden diese Partei nicht ändern. Wenn FPÖ-PolitikerInnen auf Distanz zu ihren eigenen Aussagen gehen oder besonders extreme Aussagen von KollegInnen halbherzig verurteilen zielt das nur darauf ab, das Erscheinungsbild der Partei zu modernisieren, nicht den Inhalt. Ganz nach der Strategie: Nach außen keine braunen Westen und nach innen die Reihen fest geschlossen.

Dieser Logik folgend wird die *Aula* nun zwar laut dem Obmann des *Freiheitlichen Akademikerverbandes* Steiermark und vormaligen Vermieter der Identitären-Zentrale in Graz Heinrich Sickl eingestellt, gleichzeitig kündigt er aber die Gründung eines neuen „patriotischen Magazins“<sup>11</sup> an. Dass dahinter wohl kaum eine ehrliche Distanzierung von den Inhalten der *Aula*, sondern vielmehr eine PR-Strategie steht, deutete FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky bereits vor der Entscheidung zur Einstellung der *Aula* an: „Die Marke ist so beschädigt, dass sie keine Zukunft mehr hat.“<sup>12</sup>

### Unglaubliche Bekenntnisse

Wären Strache & Co tatsächlich konsequent in ihren nach außen propagierten Bemühungen, den Rechtsextremismus in den eigenen Reihen zu bekämpfen, müsste Kurzmann alleine aufgrund seiner Mitgliedschaft bei den Waffen-SS-Veteranen aus der Partei ausgeschlossen werden. Doch es geht den Freiheitlichen nicht um eine ehrliche Offenlegung und Diskussion ihrer Geschichte (und Gegenwart), sondern immer nur um punktuelle Schadensbekämpfung. Wäre etwa Deutschnationalismus, einer der Grundpfeiler des österreichischen Antisemitismus und der NS-Ideologie, ein Ausschlussgrund, müsste der Bur-

schenschafter Strache selbst aus der Partei austreten.

Die FPÖ versucht, ihr Image durch symbolische Aktionen ohne tiefere Konsequenz zu entnazifizieren. Gleichzeitig werden die eigenen Traditionen verharmlost.<sup>13</sup> Umso wichtiger ist es, den Freiheitlichen für diesen erinnerungspolitischen Krebsgang keine Bühne zu bieten.

Es ist nur folgerichtig, dass VertreterInnen der FPÖ vom Mauthausen Komitee auch nicht zu den Befreiungsfeiern in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen eingeladen wurden.<sup>14</sup> Was wäre es auch für eine zynische Zumutung, müssten die Überlebenden des von der Waffen-SS bewachten Konzentrationslagers neben Kurzmann und seinen Kameraden am ehemaligen Appellplatz ihrer von SS-Männern ermordeten Angehörigen gedenken. Und dabei vielleicht noch einem Ständchen der Burschenschafter lauschen, von der siebten Million, die man auch noch schaffe.

Lukas Meissel

ist Historiker an der Universität Haifa und war langjähriger Mitarbeiter des Vereins GEDENKDIENTST.

Der Artikel erschien am 13. Juni 2018 im *Mosaik-Blog*. Link: <https://mosaik-blog.at/fpoe-aula-rechtsextremismus-kurzmann-waffen-ss-distanzierung/> (06.09.2018)

1 Vgl. <https://derstandard.at/2000080303202/Rechtsextreme-Aula-nennt-Cesar-Sampson-ORF-Quotenmohr> (06.09.2018).

2 Vgl. <https://derstandard.at/2000080357833/Aula-Autor-Kurzmann-Ich-wuerde-auch-fuer-ein-KPOe-Blatt> (06.09.2018).

3 Vgl. <https://derstandard.at/2000080499117/FPOe-Artikel-in-rechtsextremer-Aula-fuer-Strache-kein-Ausschlussgrund> (06.09.2018).

4 <https://mosaik-blog.at/aula-skandal-landplage-rechtsbrecher-kz-mauthausen/> (06.09.2018).

5 Vgl. <https://derstandard.at/2000080464447/Hofer-droht-Aula-Autoren-mit-Ende-der-FPOe-Karriere> (06.09.2018).

6 <https://www.fpoe-stmk.at/team/kurzmann/> (06.09.2018).

7 <https://derstandard.at/1277336848470/STANDARD-Interview-Die-Familie-ist-blitzartig-abzuschieben> (06.09.2018).

8 [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20100803\\_OTS0151/fp-kurzmann-im-falter-interview-waffen-ss-sicher-nicht-in-ihre-gesamtheit-eine-verberecherische-organisation](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100803_OTS0151/fp-kurzmann-im-falter-interview-waffen-ss-sicher-nicht-in-ihre-gesamtheit-eine-verberecherische-organisation) (06.09.2018).

9 [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20120820\\_OTS0101/fp-gudenus-antisemitismus-vorwurf-ist-laecherlich](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120820_OTS0101/fp-gudenus-antisemitismus-vorwurf-ist-laecherlich) (06.09.2018).

10 <https://derstandard.at/2000080499117/FPOe-Artikel-in-rechtsextremer-Aula-fuer-Strache-kein-Ausschlussgrund> (06.09.2018).

11 <https://derstandard.at/2000081275110/Rechtsextremes-Magazin-Aula-wird-eingestellt> (06.09.2018).

12 <https://derstandard.at/2000080432769/Generalsekretaer-Vilimsky-Der-Name-Aula-wird-verschwinden> (06.09.2018).

13 Vgl. <https://mosaik-blog.at/soros-gudenus-fpoe-verschaemter-antisemitismus-parteiraeson-andreas-peham/> (06.09.2018).

14 Vgl. [https://diepresse.com/home/innenpolitik/5418372/MauthausenGedenken\\_Ueberlebende-bekraeftigten-FPOeAusschluss](https://diepresse.com/home/innenpolitik/5418372/MauthausenGedenken_Ueberlebende-bekraeftigten-FPOeAusschluss) (06.09.2018).

## Post aus... Lublin

Lublin, September 2018

Zum ersten Mal in Polen und das gleich für ein Jahr. Vor fast drei Wochen habe ich die weite Busreise in die ferne Stadt Lublin in Ostpolen angetreten, ca. 80 km von der Grenze Weißrusslands entfernt. Trotz der sprachlichen Komplikationen und der fremden Umgebung fand ich mich gut zurecht und erschien beinahe pünktlich zur Arbeit. Die Leute in der Gedenkstätte Majdanek (*Państwowe Muzeum na Majdanku*) haben mich schon erwartet und am ersten Tag wurde ich bereits allen MitarbeiterInnen vorgestellt. Ich habe auch die vorherige Freiwillige Mona Müller

(*Aktion Sühnezeichen Friedensdienst e.V.*) aus Deutschland kennengelernt, die mir gleich hilfreiche Tipps gegeben hat. Da sie bereits ein Jahr hier war, kann sie sich schon gut auf Polnisch verständigen. Für die Arbeit an der Gedenkstätte ist es wichtig, dass die Freiwilligen polnisch sprechen können. Wir betreuen die Holocaust-Überlebenden und diese sprechen fast ausschließlich nur polnisch. Darum nehme ich wöchentlich einen Sprachkurs, um so bald wie möglich mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sprechen zu können.

Da ich meine erste deutschsprachige Führung am 9. Oktober 2018 geben werde, bin ich gerade dabei mich noch intensiver über die Geschichte des Nationalsozialismus und speziell über das ehemalige Konzentrationslager Majdanek einzulesen. Somit bringe ich momentan viel Zeit mit lesen und dem Schreiben eines Konzeptes für die Rundgänge. Später werde ich darüber hinaus an Workshops teilnehmen und diese leiten. Ein weiterer Auf-

gabenbereich der Freiwilligen ist neben den Führungen durch das ehemalige Konzentrationslager auch historische Stadtführung mit Schwerpunkt auf das besetzte und jüdische Lublin.

Wenn ich nicht gerade in der Arbeit bin, dann erkunde ich die Stadt. Lublin hat bekanntlich viele Universitäten, weshalb sich ab Oktober wieder viele Studentinnen und Studenten rumtreiben werden. Auch gibt es hier ein großes Kulturangebot. Die Stadt ist zudem sehr aufstrebend, ständig wird gebaut und erneuert. Also wenn ich ein paar Jahre später wieder nach Lublin reise, hat sich bestimmt vieles verändert. Ich bin schon gespannt, was mich in diesem Jahr alles erwartet und freue mich auf eine schöne und abwechslungsreiche Zeit hier in Lublin. *Do zobaczenia!*

Markus Trauner

Leistet derzeit Gedenkdienst im *Staatlichen Museum Majdanek/Państwowe Muzeum na Majdanku*.

# „Heil Hitler und wann verschwinden Sie?“

## Erfahrungen der jüdisch-österreichischen Familie Landesberg

Seit August 2017 leiste ich Gedenkdienst als fünfter Österreicher an *Etz Hayyim Synagoge* in Chania auf der Insel Kreta. Die heutige Synagoge ist ein vielfältiger und historisch sehr spannender Ort. Für den Gründer und Direktor der *Etz Hayyim* Nikos Stavroulakis galt das Credo: „The Synagogue of Hania is a monument that speaks of the long and continuous Jewish presence in the island of Crete.“<sup>1</sup> Aber ist es wirklich *nur* ein Monument? Für einige kretische Jüdinnen\* und Juden\* ist die Synagoge ein solches, aber es ist auch ein Gotteshaus und ein Treffpunkt für eine lebendige, europäisch-jüdische Kultur. Stavroulakis schaffte es, einen Ort zu kreieren, der jede und jeden willkommen heißt, und einen Raum für Austausch bietet. Für mich ist es beeindruckend, dass ein einzelnes Gebäude so verschiedene Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen zusammenbringen und einen interkulturellen Dialog anregen kann.

### Die *Etz Hayyim Synagoge* in Chania – ein kurzer historischer Abriss

Das Gebäude der Synagoge wurde im 15. Jahrhundert als römisch-katholische Kirche mitten im jüdischen Ghetto erbaut, um so die Dominanz der katholischen Kirche zu demonstrieren. Erst im 17. Jahrhundert, als die Osmanen das erste Mal erfolgreich die Insel angegriffen und auch okkupiert hatten, wurde die Kirche zur Synagoge umfunktionierte. Es ist jedoch unklar, ob es ein Geschenk an die chaniotisch-jüdische Gemeinde war oder ob das Gebäude durch Kauf erworben wurde.

In der Luftlandeschlacht um Kreta begann im Mai 1941 die deutsche Wehrmacht die Insel einzunehmen und die Altstadt von Chania wurde stark beschädigt. Die Synagoge blieb verschont und fungierte noch bis 1944 als jüdisches Gotteshaus. Im Mai 1944 wurde das jüdische Viertel in Chania von Wehrmachtssoldaten umstellt: Die etwa 300 Jüdinnen\* und Juden\* wurden in

das Gefängnis Agia gebracht und dann mit einem Schiffe deportiert, welches von einem britischen U-Boot getroffen wurde und sank. Es überlebten nur vier jüdische EinwohnerInnen Chanias. Die Wehrmachtssoldaten drangen in die verlassene Synagoge ein, plünderten sie und verbrannten das ganze Innenleben (Tora-Rollen, Möbel, Archiv, etc.) im Hof des heutigen archäologischen Museums.

In den nächsten zehn Jahren wurde die *Etz Hayyim* von Hausbesetzern\*innen bewohnt, danach als Stall für Hühner und Ziegen und als Mülldeponie verwendet. Erst 1995 rückte die Synagoge, nachdem das Dach infolge eines Erdbebens kollabierte, wieder in das Augenmerk der Bevölkerung. Nikos Stavroulakis, pensionierter Kurator der jüdischen Museen in Athen, Thessaloniki, Rhodos, initiierte die Renovierung. Nach drei Jahren des Sammelns privater Spenden und aufwendigen Renovierungsarbeiten wurde die Synagoge am 10. Oktober 1999 mit dem Hereintragen der Tora-Rollen wiedereröffnet.<sup>2</sup> Heute bietet die *Etz Hayyim* nicht nur regelmäßig Sabbatfeiern und alle weiteren religiös wichtigen Feste, sondern auch diverse Workshops und fördert auch Projekte. So wird Ende März 2018 eine Gruppe deutscher Lehrer\*innen, in Kooperation mit dem *Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.*, gemeinsam mit der *Etz Hayyim Synagoge* und der Organisation *Young Citizens* eine Woche lang Kreta bereisen und sich mit *griechisch-deutsche Beziehungen* auseinandersetzen. Dabei wird es nicht nur um die Wirtschaftskrise gehen, sondern auch das Thema der Besatzung während des NS-Regimes aufgegriffen werden. In diesem Rahmen werde ich einen Workshop leiten, indem ich mit den Teilnehmer\*innen den politischen Aspekt des Gedenkens erarbeite. In Vorbereitung dessen habe ich den Zeitzeugen George Landers interviewt und mit ihm nicht nur über seine Biographie gesprochen, sondern auch darüber, wie er die gegenwärtige Politik in Österreich wahrnimmt.

### Auszüge aus dem Interview mit George Landers

Das Interview fand in Chania auf der griechischen Insel Kreta statt, wo George Landers jedes Jahr einige Monate verbringt. In vielen Kaffeepausen, wie er unsere Gespräche bezeichnete, hat er mir viel über seine Familie während der NS-Zeit und nach 1945 erzählt. Während dieser Gespräche entstand die Idee, ein Oral-History-Interview mit ihm zu machen. Für mich war es das erste Interview in dieser Form und ich habe vorab viel Literatur über diese Methode sowie deren verschiedene Herangehensweise gelesen. Das Gespräch wurde auf Deutsch geführt, obwohl George immer wieder beteuert, dass sein Deutsch nicht passabel sei, nur um dann eine Eloquenz an den Tag zu legen, die beeindruckend hat.

George Landers wurde 1930 in Wien in eine jüdisch assimilierte Familie, so seine eigene Bezeichnung, geboren, und wuchs in Steyr auf, wo sein Vater eine Apotheke betrieb. Die ersten Jahre seiner Kindheit waren unbeschwert und erst nach dem ‚Anschluss‘ 1938 wurde er sich seinem Jüdisch-Sein bewusst. Sein Vater wurde von seinem Kollegen, mit welchem er sechs Jahre lang zusammengearbeitet hatte, einen Tag nach dem ‚Anschluss‘ mit den Worten: „Heil Hitler und wann verschwinden Sie?“ begrüßt. Die Familie zog nach Wien, da es von dort aus leichter war, Papiere für die Ausreise zu bekommen. Während der Novemberpogrome wurde sein Vater in Wien zusammengeschlagen. George selbst musste kaum Repressalien ertragen, da die anderen Kinder nicht wussten, dass er aus einer jüdischen Familie stammte. So kam es auch am Weg zur Volksschule nie zu Vorfällen. 1939 musste George mit seinen Eltern zuerst nach England und dann nach Australien flüchten. Dort baute sich die Familie ein neues Leben auf, George studierte Pharmazie und nebenbei einen Bachelor of Arts in Politik, Philosophie und Geschichte.

Seine Großmutter wohnte im zweiten Bezirk und wollte nicht auswandern. Im



**Christoph Steinberger interviewt den Holocaust-Überlebenden George Landers in Chania.**

Herbst 1941 wurde sie von den Nationalsozialisten deportiert und im Vernichtungslager Maly Trostinec erschossen. Auf die Frage, warum er nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nach Österreich zurückgekommen sei, antwortete er, dass Österreich einfach noch zu durcheinander gewesen sei, im Sinne von zu wenig historischer Aufklärung und Aufarbeitung in der Bevölkerung, und die Familie schon sehr in die australische Gesellschaft integriert gewesen sei. Außerdem habe er noch immer gewisse negative, wenn auch nicht sehr stark, Gefühle gegenüber Österreich gehegt. Er war bereits einige Mal in Österreich und in Berlin habe er sich sauwohl gefühlt. George Landers half in den 1990er-Jahren die verwahrloste und in Vergessenheit geratene *Etz Hayyim Synagoge* wieder aufzubauen. Jedoch hatte er nie einen wirklichen Zugang zu Religionen. Während des Interviews und in den vorangegangenen Gesprächen sprachen wir viel über Erinnerungskultur und über politi-

sche Verantwortung. Es ist bemerkenswert, dass George sich nicht nur bei *Amnesty International* ehrenamtlich engagiert, sondern sich auch tatkräftig dafür eingesetzt hat, dass kretische Überlebende des Konzentrationslagers Mauthausens eine Entschädigung bekamen. Er argumentierte für die historische Verantwortung auch in einem australischen Kontext, denn er meinte, man muss sich immer bewusst sein, wenn man ein billiges Grundstück in Australien kauft, dann ist der Preis nur so niedrig, da man das Land den Ureinwohner\*innen stahl. Außerdem ist ihm die Solidarität zwischen den Personen, die aufgrund ihrer Herkunft, Ethnie oder Religion systematisch verfolgt wurden, sehr wichtig. Ebenso wurde das Thema Philosemitismus unter Rechtspopulisten angesprochen. Mein Interviewpartner ist strikt gegen die Idee, dass man Israel und jüdische Personen nur schützen kann, indem man alle muslimischen Personen des Landes verweist und sie unter Ge-

neralverdacht stellt Antisemiten zu sein. Philosemitismus darf nicht Islamophobie rechtfertigen. George Landers findet es fatal, wenn man jüdische und muslimische Personen gegeneinander ausspielt, vor allem wenn von rechtspopulistischen Parteien. In ihren Aussagen negieren sie nicht nur den Antisemitismus unter österreichischen Personen, sondern leugnen auch unter parteiinternen Personen. Etwas gelassener sieht er aber die jetzige Problematik mit deutschnationalen Gruppierungen: Er ist davon überzeugt, dass sich nach all den Jahren eine österreichische Identität gefestigt hätte, obwohl ihm dies zu denken gibt, hat er persönlich keine Angst, dass in Österreich wieder vermehrt Pangermanismus auftaucht. Er selbst hätte in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Antisemitismus erlebt, jedoch ist er davon überzeugt, dass Jüdinnen\* und Juden\* wieder Sündenböcke werden können. So etwa, wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert.

## Familie Landesberg/Landers

Josef Georg Landesberg wurde im Mai 1930 in Wien geboren. Sein Vater Adolf Landesberg (1895–1961) war Magister der Pharmazie und seit 1927 mit Margarethe Landesberg (geb. 1904) verheiratet. Die Urgroßeltern mütterlicherseits Chiel Schönfeld (1846–1925) und Fanny Schönfeld (1848–1933) betrieben seit 1907 in der Großmarkthalle im dritten Wiener Gemeindebezirk einen Kommissionshandel der Fleischhauerei und des Fleischverschleißes unter den Firmennamen *Ch. & Ch. Schönfeld*. Nach dem Tode der Firmengründer wurden Georgs Großeltern sowie Tanten und Onkeln mütterlicherseits Gesellschafter des Betriebes. Während des NS-Regimes wurde der Betrieb ‚liquidiert‘ und konnte so nach 1945 nicht an die ehemaligen EigentümerInnen zurückgestellt werden. Die Mutter von Margarethe Landesberg und sie besaßen zudem Anteile an der Liegenschaft in 1020 Wien, Böcklinstraße 82, welche während des NS-Regimes im August 1939 ‚arisiert‘ wurde. 1950 wurde ein Vergleich zwischen der damaligen Besitzerin und Margarethe Landesberg geschlossen. Frau Landesberg zahlt der Antragsgegner 2.000.– Schilling und die Anteile der Liegenschaft wurden an sie zurückgestellt.

Seit 1934 betrieben Adolf und Margarethe Landesberg gemeinsam mit Ernst Bernhauer die *Stadtapotheke Mr. Dr. Ernst Bernhauer & Co* am Stadtplatz 7 in Steyr. Sie waren nicht nur zu je dreiviertel EigentümerInnen der Apotheke, sondern auch der Liegenschaft. Nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs an das Deutsche Reich musste die Familie Landesberg ihren Anteil der Apotheke und der Liegenschaft zwangsweise verkaufen. Ernst Bernhauer erhielt nachdem die NSDAP Kreisleitung keine politischen Bedenken gegen ihn als ‚Ariseur‘ hatte, von der *Vermögensverkehrsstelle* (VVSt.) im August 1938 die Genehmigung zur ‚Arisierung‘ der Apotheke. Der im Vorvertrag zwischen Landesberg und Bernhauer festgelegte Kaufpreis wurde seitens der VVSt. um die Hälfte reduziert. Adolf, Margarethe und Josef Georg Landesberg mussten 1938 aus Österreich flüchten und begann ihr neues Leben in Australien. Dort änderten sie ihren Namen: Adolf John, Margaret und George Landers. Nach 1945 bemühte sich Landers um die Rückstellung der Apotheke sowie der Liegenschaft in Steyr, welche sich zu diesem Zeitpunkt im Besitz von Ernst Bernhauer befand. Letztlich einigen sich beide Streitparteien 1950 in einem Vergleich: Bernhauer stellte die Anteile lastenfrei zurück und dafür erhielt er von Landers das Vorverkaufsrecht. Ab 1949 verpachteten Adolf John und Margaret Landers ihre Anteile an der Apotheke an Bernhauer.

Margaret Landers Mutter gelang die Flucht nicht mehr und wurde am 17. August 1942 in das Vernichtungslager Maly Trostinec deportiert, wo sie ermordet wurde.<sup>1</sup> Heute lebt George Landers in Australien und verweilt jedes Jahr einige Monate auf der griechischen Insel Kreta.

### Jutta Fuchshuber

Historikerin, Lehrbeauftragte am *Institut für Zeitgeschichte* der Universität Wien, stellvertretende Obfrau des Vereins GEDENKDIENT.

<sup>1</sup> Vgl. Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Matriken, Trauungsbuch Stadttempel, 315/1927, Adolf Landesberg; Sterbebuch 25/1933, Fanny Schönfeld; Sterbebuch 1824/1925, Chiel Schönfeld. Oberösterreichisches Landesarchiv, Reichsstatthalter, Arisierung, Schachtel 17; Landesgericht Linz, Sondergericht, RK 173/1947; VEAV, Schachtel 21. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Entschädigungs- und Restitutionsangelegenheiten, Vermögensverkehrsstelle, Vermögensanmeldung, 18570, 13720, 24950; Vermögensverkehrsstelle, Liegenschaft 5582; Abgeltungsfonds 5589. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Handelsgericht, A5/214; VEAV, 2. Bezirk, 576. Sterbeanzeige Chiel Schönfeld, in: Neue Freie Presse, 2. Oktober 1925, 21. Opferdaten, www.doew.at und www.yadvashem.org (15.04.2018). Daniel Ellmauer/Michael John/Regina Thumser, „Arisierungen“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen in Oberösterreich (Veröffentlichung der Österreichischen Historikerkommission. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Band 17/1), Oldenburg/Wien/München 2004, 491.

Das Interview beziehungsweise dessen Auswertung wird im März 2018 der bereits erwähnten Gruppe von deutschen Lehrer\*innen präsentiert, um über historische Verantwortung zu diskutieren, denn eins ist gewiss: Geschichte ist hier, um aus ihr zu lernen und nicht um sie zu wiederholen. Historische Verantwortung beginnt dort, wo man anfängt, sich gegen Diskriminierung anderer Personen, sei es aufgrund (sozialer) Herkunft, Religion oder Sexualität einzusetzen. Wir sind eine neue Generation. Eine Generation, die eine politische Wende in Europa miterlebt. Und nein, wir müssen und dürfen nicht zu sehen. Genau deswegen sind Personen wie George Landers so wichtig: Denn sie sind eben nicht nur Überlebende, sondern sie sind Brücken zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart. Alles, was wir tun müssen, ist ihnen zuzuhören.

### Christoph Steinberger

Leistet Gedenkdienst in der *Etz Hayyim Synagoge*.

<sup>1</sup> Nikos Stavroulakis, *Etz Hayyim Commemorative Album*, Athen 2008, 16.

<sup>2</sup> Infolge der zwei Brandanschläge im Jänner 2010 wurden die meisten Dokumente zerstört. Meine Quellen beziehen sich auf die Ausstellung der Synagoge sowie den Aussagen der Personen, die das intakte Archiv noch kannten. Zurzeit wird an einer Publikation über kretisch-jüdische Geschichte gearbeitet.

# vor.gelesen|rezensionen

## 150 Jahre Eiszeit. Die große Geschichte des Wiener Eislauf-Vereins

Agnes Meisinger, Hg. vom Wiener Eislauf-Verein, Böhlau Verlag. Wien/Köln/Weimar 2017

Mit dem *Wiener Eislaufverein* (WEV) befindet sich im Zentrum Wiens eine der ältesten und erfolgreichsten Sportinstitutionen der Welt. Seit seiner Gründung 1867 hat sich der *WEV* als feste Größe im Gesellschaftsleben der Stadt etabliert. Jahrzehntelang erzielten seine AthletInnen (inter)nationale Erfolge, als generationenübergreifender Begegnungsort hat er das Eislaufen in Wien zum Breitensport gemacht.

Der 150-jährigen Geschichte des Traditionsvereins widmet nun die Historikerin Agnes Meisinger eine umfangreiche Jubiläumspublikation. Die vielschichtigen Aspekte der Vereinstätigkeit werden in einem Gesamtkontext diskutiert und vor dem Hintergrund der Politik-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte beleuchtet. Ausgehend von der Entwicklung des Eislaufens beschreibt sie wie das ‚Schleifen‘ im 19. Jahrhundert organisierte Formen annahm. Auf Grundlage von bisher unbekanntem Archivmaterial sowie Druckwerken, Medienberichten und einem beachtlichen Fundus an Bildquellen schafft sie einen detaillierten Überblick. Sechs Hauptkapitel machen die Zäsuren der Vereinsgeschichte sichtbar und zeichnen nach, wie der Verein politische und wirtschaftliche Umbrüche überwinden konnte. Der Bogen spannt sich von den Anfängen in den 1870er-Jahren bis zu den Entwicklungen der Gegenwart. Von einem Treffpunkt des adeligen und großbürgerlichen Publikums entwickelte sich der *WEV* zu einem demokratisch organisierten Verein, der schon früh den Frauensport förderte und sich bis zur NS-Zeit durch politische und gesellschaftliche Heterogenität auszeichnete. Die Studie konzentriert sich dabei auch auf die operative und organisatorische Dimension des Vereins. Biografien verdienter AthletInnen und Exkurse zu verwandten Themen (u.a. Eistanz, -schnelllauf, -hockey, -revue) erzeugen ein lebendiges Bild des Vereinslebens.

Die Publikation erweitert den Blick auf bisher unbeachtete Kapitel der Vereinsgeschichte. ‚Blinde Flecken‘ ortet Meisinger in der Aufarbeitung der NS-Zeit. Sie lokalisiert den Verein im Spannungsfeld zwischen Überlebenskampf und Anbiederung an das Regime, zeigt auf wie sich NS-Ideologie und Antisemitismus auf das Vereinsleben auswirkten, aber auch wie der Sportbetrieb trotz des Krieges aufrechterhalten wurde. Fast die Hälfte aller Mitglieder wurde nach dem ‚Anschluss‘ aufgrund ihrer jüdischen Herkunft ausgeschlossen. Zeitzeugenberichte zeichnen die Diskriminierung während der NS-Zeit nach und ermöglichen individuelle Einblicke.

Den Schlusspunkt setzt die Publikation bei der vieldiskutierten Neugestaltung des Heumarkt-Areals, dessen über 60 Meter hoch geplanter Wohnturm aufgrund der Zentrumsnähe die UNESCO-Kommission auf den Plan rief. Im Zuge des Bauprojekts soll auch der Eislaufplatz modernisiert und seine Zukunft durch einen langfristigen Mietvertrag gesichert werden. Meisinger zeigt bemerkenswerte Parallelen zwischen der heutigen Kritik am Heumarkt-Projekt und der Skepsis der späten 1950er Jahren gegenüber der Errichtung des *Hotel Intercontinentals* in unmittelbarer Nachbarschaft des *WEV* auf. Überzeugend zeichnet sie den prägenden Einfluss des *WEV* auf die Stadt und seine Sportgeschichte nach. Eingebettet in eine kulturgeschichtliche Perspektive stellt die Publikation weit über eine Institutionsgeschichte hinaus eine erkenntnisreiche Lektüre dar.

Elisabeth Heimann



## Hannah Fischer – „Das Exil war meine Universität“

Sandra Wiesinger-Stock, Mandelbaum Verlag, Wien 2016

Zum 91. Geburtstag Hannah Fischers erschien die von der Zeithistorikerin Sandra Wiesinger-Stock publizierte Biografie in der Reihe Exil-Leben der *Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung* (öge).

Hannah Fischer und ihr Zwillingbruder Rafael wurden 1925 in Wien geboren. Während ihr Vater Béla als Rabbiner tätig war, lebte ihnen besonders ihre Mutter Louise als Journalistin und aktive Kommunistin eine fortschrittliche, emanzipierte Lebensweise vor. Aufgrund der politischen und rassistischen Verfolgung durch das NS-Regime organisierte Louise Fischer bereits 1938 die Ausreise der Zwillinge mit einem Kindertransport nach Großbritannien. Wenig später emigrierte auch sie selbst nach England, während Béla Fischer nach der Inhaftierung in Dachau und Buchenwald erst 1939 die Flucht gelang. Nach Kriegsende lebten beide Eltern in Israel. Der Vater sah seine Kinder nie mehr wieder. Eine detaillierte Betrachtung des Verlusts des familiären Rückhalts bzw. der Lebensumstände der Familienmitglieder wäre an dieser Stelle interessant gewesen, die folgenden Kapitel widmen sich jedoch primär Hannah Fischers Bildungsbiografie und ihrem Streben, sich im britischen Exil ein eigenständiges Leben aufzubauen. Persönliches tritt – wie bereits Traude Boltauf feststellte – in ihren eigenen Erzählungen „völlig in den Hintergrund“ (S. 70).

Nach Aufhalten in Kinderheimen und ihrem Schulabschluss wurde Fischer 1941 Trainee in den Hampstead War Nurseries, einer Betreuungseinrichtung für kriegsgeschädigte Kleinkinder. Deren Leiterin, Anna Freud, versuchte die wissenschaftliche Forschung, Ausbildung und Betreuung sozial schwacher Kinder zu verbinden. Diese Ausbildung sollte entscheidend für Fischers spätere Karriere sein. Danach war Fischer im Kindergarten des *Austrian Centre*, einer kommunistisch geprägten Exilorganisation, tätig, bis sie 1946 nach Österreich remigrierte. Sie studierte neben ihrer Berufstätigkeit als Kindergärtnerin Pädagogik,

Psychologie und Philosophie an der Universität Wien und war später als Psychologin und Erziehungsberaterin im Zentralkinderheim der Stadt Wien tätig. Ihre Arbeiten trugen wesentlich zur Anerkennung von Anna Freuds Lehre und einer Erneuerung der Kindergartenpädagogik in Österreich bei. Fischer – bis 1968 KPÖ-, später SPÖ-Mitglied – war bis ins hohe Alter auch auf internationaler Ebene sozialpädagogisch engagiert.

Da die Autorin Selbstzeugnisse Fischers wie Interviews als Hauptquelle wählte, trägt das Buch starke autobiografische Züge und vermittelt den Eindruck, dass Hannah Fischer weitgehend selbst die Erzählung ihrer eigenen Lebensgeschichte, mit den für sie bedeutenden Schwerpunktsetzungen, übernimmt. Sandra Wiesinger-Stock bietet eine fundierte Kontextualisierung der Biografie in den Bereichen Exil-, Frauen- und Bildungsforschung, insbesondere der Reformpädagogik des *Roten Wiens*. Damit ist Publikation auch für eine breite LeserInnenschaft geeignet.

Es ist nicht nur gelungen, die von der Zäsur 1938 geprägte Biografie einer beeindruckenden Frau sowie die Bedeutung der kurz nach der Veröffentlichung des Buches verstorbenen Pädagogin für die Nachwelt festzuhalten, vielmehr zeigt ihre Lebensgeschichte exemplarisch, welche zentrale Rolle RemigrantInnen in der Nachkriegszeit für den Wissenstransfer zurück nach Österreich hatten. Auch gibt der Band Einblicke in die psychoanalytische Pädagogik und das Lebenswerk Anna Freuds.

Katharina Kniefacz



# Geh Denken!

## *Geh Denken!* ist eine Veranstaltungsreihe des Vereins GEDENKDIENTST.

Während des akademischen Jahres finden monatlich wissenschaftliche Vorträge, Podiumsdiskussionen und Gespräche mit ZeitzeugInnen statt.

Die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus bildet dabei den Ausgangspunkt für eine Beschäftigung mit unterschiedlichen historischen Themen, deren Bedeutung im vergangenheitspolitischen Diskurs sowie Fragen der Geschichtsvermittlung.

*Geh Denken!* versteht sich als Beitrag zu einer lebendigen Gedächtniskultur. Im Zentrum sollen die offene Reflexion und Diskussion kontroverser Themen stehen. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen!

Die öffentlichen Veranstaltungen finden bei freiem Eintritt jeweils um 19 Uhr im Veranstaltungsort *Depot* statt (1070 Wien, Breite Gasse 3, [www.depot.or.at](http://www.depot.or.at)). Die einzige Ausnahme ist die Ausstellungsführung im *Metro Kinokulturhaus* am 16. Mai (angefragt, siehe Ankündigung).

### Konzept und Organisation:

Linda Erker, Jutta Fuchshuber, Ina Markova

## Semesterschwerpunkt: Nationalsozialismus & Museum

2018 jährt sich zum 80. Mal der ‚Anschluss‘ Österreichs an NS-Deutschland. Unzählige ÖsterreicherInnen wurden in der Folge TäterInnen des NS-Terror-Regimes, Zehntausende wurden verfolgt, beraubt und ermordet. Auch wenn der ‚Zwang der runden Zahl‘ durchaus kritisch zu sehen ist, setzt der Verein GEDENKDIENTST bewusst einen Beitrag zum ‚Gedenkjahr‘ 2018. *Geh Denken!* setzt sich daher dieses Semester mit (jüngeren) Formen der Musealisierung der NS-Zeit in Österreich auseinander.

---

Dienstag, 6. März 2018, 19 Uhr

### Podiumsdiskussion Braucht Österreich ein Holocaust-Museum?

Es diskutieren:

Birgit Johler, Team zur Neugestaltung der Österreichischen Länderausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau und Kuratorin im *Haus der Geschichte Österreich*, Wien.

Béla Rásky, Historiker und Geschäftsführer *Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien* (VWI), Wien.

Ingo Zechner, Philosoph und Historiker, *Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte und Gesellschaft*, Wien.  
Moderation: Elisabeth Heimann, Historikerin, *Wien Museum*.

---

Mittwoch, 18. April 2018, 19 Uhr

### Zeitgeschichte ausstellen

Die Musealisierung der österreichischen Zeitgeschichte hat in den vergangenen Jahren entscheidende Fortschritte gemacht: Als Beispiele sind zu nennen die Überarbeitung der *Gedenkstätte Mauthausen*, zahlreiche Ausstellungen zur Migrationsgeschichte, das *Haus der Geschichte Niederösterreichs* und nicht zuletzt die geplante

Erneuerung des Österreich-Pavillons in der *Gedenkstätte Auschwitz* sowie das 2018 zu eröffnende *Haus der Geschichte Österreich*. Anschließend an ihren Sammelband *Zeitgeschichte ausstellen*, der 2011 eine Bestandsaufnahme versuchte, reflektieren Dirk Rupnow und Heidemarie Uhl die jüngsten Entwicklungen in Österreich, auch vor dem Hintergrund des Gedenk- und Erinnerungsjahres 2018 sowie europäischer und globaler Entwicklungen.

Dirk Rupnow, Historiker, Universität Innsbruck.

Heidemarie Uhl, Historikerin, *Österreichische Akademie der Wissenschaften*.

---

Mittwoch, 16. Mai 2018, 19 Uhr

### Führung (Termin angefragt) DIE STADT OHNE JUDEN MUSLIME FLÜCHTLINGE AUSLÄNDER

**Achtung:** Ausstellungsort ist das *Metro Kino*, 1., Johannesgasse 4

*Die Stadt ohne Juden* nannte Hugo Bettauer 1922 seinen Roman, der die damals noch utopische Vorstellung einer Vertreibung der Juden und Jüdinnen aus Wien beschreibt. Die Verfilmung war 1924 bereits von Störaktionen begleitet, 1925 wurde Bettauer von einem Nationalsozialisten erschossen. Der Aufstieg der NSDAP in Österreich mündete im ‚Anschluss‘ 1938. Was folgte, war die Vertreibung und Ermordung der mitteleuropäischen Jüdinnen und Juden im Holocaust.

Die Ausstellung *DIE STADT OHNE* begleitet die Veröffentlichung der neu restaurierten Version des Stummfilms. Ausgehend von einzelnen Filmszenen setzt sie sich mit Ausschlussmechanismen in der Gesellschaft damals und heute auseinander und zeichnet dabei die einzelnen Stufen des Ausgrenzungsprozesses bis zum Ausschluss der geschaffenen Feindbilder nach. *DIE STADT OHNE* stellt damit die Frage, ob und inwiefern die gesellschaftliche Polarisierung während der Jahre des Aufstiegs des Nationalsozialismus mit jener

unserer Gegenwart verglichen werden kann, soll oder sogar muss.

Barbara Staudinger, Mitglied des kuratorischen Teams der neuen österreichischen Ausstellung in der Gedenkstätte des *Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau*; gemeinsam mit Hannes Sulzenbacher und Andreas Brunner Kuratorin der Ausstellung *DIE STADT OHNE*, Wien.

Um Anmeldung wird bis zum 13.5. gebeten unter: [diestadtohne@gedenkdiendienst.at](mailto:diestadtohne@gedenkdiendienst.at)

Die Teilnahme an der Führung ist kostenlos, die Anzahl der TeilnehmerInnen ist begrenzt. Bitte melden Sie sich ab, wenn Sie den Termin nicht einhalten können.

Auschwitz Deportierten, aus Österreich und aus dem Leben.

Die Ausstellung setzt diese Entfernungen in den Mittelpunkt und bringt den Anfang der Geschichte in Österreich und deren Ende in Auschwitz den BesucherInnen nahe, ‚ent-fernt‘ also gleichsam die beiden historischen Orte, ohne sie auf gleicher Ebene miteinander zu verbinden. Um die ‚Entfernung‘ nicht nur intellektuell begreifbar, sondern auch visuell und sinnlich erfahrbar zu machen, besteht der Hauptteil der historischen Ausstellung aus drei einander bedingenden und miteinander verbundenen Ebenen: ‚Hier‘ (Auschwitz), ‚Dort‘ (Österreich) und die ‚Leere‘ (aus: <https://www.nationalfonds.org/konzept.html>).

Hannes Sulzenbacher, freischaffender Kurator, Mitglied des kuratorischen Teams der neuen österreichischen Ausstellung in der Gedenkstätte des *Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau*, Wien.

---

**Mittwoch, 6. Juni 2018, 19 Uhr**

### **Vortrag Hannes Sulzenbacher**

Die neue österreichische Ausstellung im Block 17 des *Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau* steht unter dem Titel *Entfernung. Österreich und Auschwitz*. Der Begriff ‚Entfernung‘ verweist auf die geografische Distanz zwischen Österreich und Auschwitz, die Teil der nationalsozialistischen Verleugnungsstrategie des Massenmordes war. Zugleich meint Entfernung auch Vernichtung: die physische Entfernung der nach